

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volksblatt

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.


für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberg.

N: 119.

Paderborn, 4. October

1849.

 **Bestellungen auf das „Volksblatt für Stadt und Land“ wolle man für das vierte Quartal (Octbr., Novbr., Dezbr.) gefälligst bald aufgeben. Auswärts nehmen die Königl. Postanstalten, für Brilon die Junfermann'sche Buchhandlung, welche auch Anzeigen für das Volksblatt annimmt, dieselben entgegen.**

Webersticht.

Correspondenz des Abgeordneten Herrn Hesse.

Deutschland. Berlin (die Anklage gegen Waldeck erkannt); Breslau (Lehrer Stein; Phsykonomie der Stadt); Von der Elbe (Tumult in Tönning); Coblenz (Wahl zur zweiten Kammer); Drais (Cholera); Frankfurt (Erceffe); Stuttgart (Geburtsfest des Königs); Darmstadt (v. Gagern); Wien (Gerücht von der Unterwerfung Komorn's; Strauß Begräbniß).

Frankreich. Paris (die Tagesordnung der National-Versammlung; das Concilium; die Nachrichten aus Konstantinapel); Straßburg (Deutsche Flüchtlinge).

Ungarn. (Wichtige Nachrichten.)

Vermischtes.

Berlin, 1. October 1849.

Im neuen Museum ist ein, von Kennern sehr gerühmtes, Bild, welches den berühmten babilonischen Thurbau darstellt. Ich glaube darin einige, und wie mir scheint gelungene, Persönlichkeiten erkannt zu haben, welche an der „deutschen Einigkeit“ mit allem Eifer sich abgemühet, und dennoch nichts weiter erreicht haben, als daß Einige davon in unserer Kammer sthen, und statt des Babilonischen den deutschen Thurbau fortsetzen. Ich will meine Meinung zwar nicht für die allein richtige halten, und jeder anderen die bessere Auslegung jenes Meistergemäldes überlassen, allein es ist schon oft vorgekommen, daß Maler in schalkhaften Allegorien sich versucht, und der Nachwelt die wahre Deutung überlassen haben. Mir wenigstens will es bedünken, daß die vielen Haarspaltereien und Wortklaubereien in unseren Kammern mitunter in den „deutschen Thurbau“ hinüberspielen.

Die Abstimmung der 2ten Kammer über den §. 108 der Verfassung ist bekannt, nämlich: daß mit 212 gegen 93 Stimmen die Streichung der 7 Worte „die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben“ beliebt wurde, weil die Volksvertretung sich der einzigen Waffe gegen allenfallsige Uebergriffe der Regierung nicht begeben durfte. Darüber ist die Kreuzzeitung in wahrhafte Verseufzerwuth gerathen; sie nennt uns: Steuerverweigerer, und einige Kammermitglieder werden in dem berücktigten „Zuschauer“ dieses modernen Kladderadatsch unter dem Zeichen des Kreuzes und der Devise: mit Gott, für König und Vaterland“ auf die gemeinste pasquillenartige Weise besudelt. Der hier erscheinende wahre „Kladderadatsch“ — obgleich er die Geißel der Satyre lustig schwingt — hat solche Persönlichkeiten noch nicht aufgetischt.

Eine andere Abstimmung in der Plenarsitzung vom 29. Sept. über den §. 95 der Verfassung, zu welchem die 1te Kammer erhebende Zusätze gemacht, und in der 2ten Kammer Jemand ein Amendement eingebracht hatte des Inhalts: „daß zur gerichtlichen Verfolgung eines seine Amtsbefugnisse überschreitenden Beamten die Genehmigung der vorgesetzten Behörde erforderlich, weil der Beamte sonst möglicherweise Verationen ausgesetzt sei,“ hat ebenfalls zu häßlichen Ausfällen gegen diejenigen Veranlassung gegeben,

welche unter den 171 Gegenstimmenden des Amendements dieses verwarfen, und den ursprünglichen Tenor in der Verfassung: „daß keine vorgängige Genehmigung der Behörden zur gerichtlichen Verfolgung eines Beamten nöthig sei“ wieder hergestellt haben. Wir, nämlich die 171 — sind der Meinung, daß so wenig ein Beamter als jeder Andere die gerichtliche Untersuchung zu scheuen hat, wenn er unschuldig ist; und ist er schuldig, oder hat er den „Pascha von drei Roßschweifen“ gespielt, nun, dann darf er keine größeren Vorrechte genießen, als jeder andere Staatsbürger. Wird doch jetzt ohnehin so viel Geschrei erhoben über die Bevorzugung der „Bureaucratie“ und betrachtet man den f. g. rothen Faden, der sich durch den Entwurf zur neuen Gemeindeordnung, besonders in den §§. 3, 5, 7, 9, 12, 13, 16, 17, 22, 24, 26, 27 u. f. w., hindurchzieht, dann hat man alle Ursache, die Partikulargelüste den gebieterischen Anforderungen der Zeit, und dem allgemeinen Wohle zum Opfer zu bringen. Ich sehe ein, daß mancher Beamte meine Ansichten nicht theilen und mich als einen Abtrünnigen betrachten wird; diesen aber gebe ich zu bedenken, daß die Bürgermeister zum f. g. Amphibiengeslechte gehören, und daß ich bekanntlich schon früher den „Beamtenstab“ ohne alle Ueberwindung an den Nagel hangen und dafür die Pflugschaar und die Holzart ergreifen konnte. Ich kann nicht leugnen, daß ich trotz der in diesem Jahre erfahrenen, nur mein Mitleiden erregenden, Verläumdung, als gehöre ich zu den Reaktionsären, den eingefangenen Amerikanischen Ideen noch fortwährend hulldigen muß, insofern diese Anderen keinen Schaden bringen. Also auf die Gefahr hin, daß selbst die Kreuzzeitung über mich herfallen sollte, die es den Fischweibern am Gens'darmen Markt zuvorthut, habe ich meine Ansicht von der fraglichen Sache nicht vorenthalten wollen.

Der §. 64 des Entwurfs über Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse und der danach zu bewirkenden Ablösungen hat in der Agrar-Commission — deren Mitglied ich bin — ziemlich scharfe Debatten herbeigeführt. Es füllte diese Debatte 2 Sitzungen aus, und am 29. Abends 9 Uhr kamen wir zum Abschluß, fast ermüdet wie die Kampfhähne und heißer vom vielen Disputiren. Mit 18 gegen 10 Stimmen ist in der Commission der 18fache Ablösebetrag angenommen, und hoffentlich werden wir auch in der Plenarsitzung diese günstige Abstimmung erreichen. Aus innerer Ueberzeugung habe ich den 18fachen Betrag verfochten, und jeden höheren Ablösebetrag bekämpft, unbekümmert darum, was die Gegenpartei dazu sagt. Ich habe nämlich selbst 3 Rentelen in verschiedenen Landestheilen verwaltet, und konnte daher aus persönlicher Erfahrung nicht umhin, die mit der Erhebung verbundenen Kosten sowohl, als auch alle jene Unannehmlichkeiten in Anschlag zu bringen, welche die Berechtigten mit den Resten, gerichtlichen Einklagungen, Remissionen u. f. w. zu erleiden hatten. Alles dieses und der wichtige Umstand: daß die Verpflichteten in früherer Zeit fast keine andern als nur die gutsherrlichen Abgaben kannten; daß die Staats- und Communalsteuern sich vermehrt, und daß namentlich manche Verpflichtete ihre belasteten Grundstücke für die gutsherrlichen Abgaben offerirt hatten (ich hebe nur den einen Fall hervor, daß im Jahre 1832 in Rütgeneber 24 Morgen des besten, aber mit gutsherrlichen Abgaben überbürdeten Landes sub hasta